

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1986)

Heft: 1: Frische Luft

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

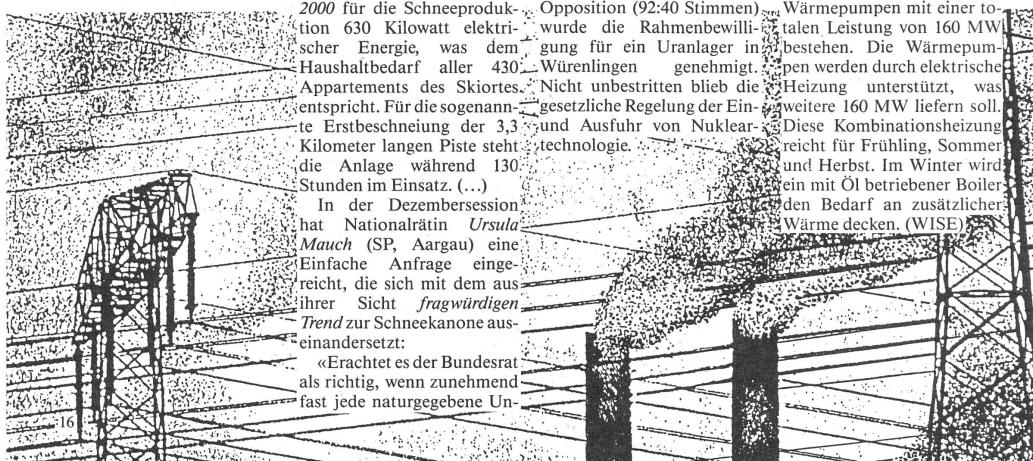
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bund gibt sich energiebewusst

An einer Pressekonferenz vom 11. Februar 1986 bei der EMPA in Dübendorf hat das Amt für Bundesbauten (AFB) eine Pilot-Gas-Heizöl-Feuerungsanlage vorgestellt, bei welcher der Ausstoß an Stickoxiden (NO_x) auf einen sehr tiefen Stand herabgesetzt wird. Die Anlage ist im Hinblick auf die am 1. März 1986 in Kraft getretene Luftreinhalteverordnung besonders aktuell.

Der «Low-NO_x»-Brenner kann für Anlagen ab ca. 1 MW Leistung eingesetzt werden. Die Messungen ergaben bei der Verfeuerung von Heizöl «extra-leicht» einen Stickoxid-Gehalt (NO_x) von 100 bis 125 mg/m³ und beim Erdgas einen solchen von 40 bis 80 mg/m³. Das heisst, dass gegenüber herkömmlichen Gas-Öl-Brennern nur noch 25% Stickoxide ausgestossen werden.

Im Falle der Heizzentrale der EMPA in Dübendorf gelang es, mit der Umstellung von Heizöl «schwer» auf eine Kombination Erdgas/Heizöl «extra-leicht» und mit dem Einsatz dieses neuartigen Brenners den Stickoxid-Ausstoß um 90% zu vermindern. Damit wurde eine Möglichkeit einer signifikanten Herabsetzung dieser Emission mittels umweltfreundlicher Feuerungssysteme aufgezeigt. *Amt für Bundesbauten*
Febr. 86



Schnee und Kommerz aus der Kanone

Der Schweizerische Verband der Seilbahngesellschaften rechnet nach dem schneearmen Dezember 1985 mit Ertragsausfällen in Millionenhöhe. Deshalb erwägt nun eine Reihe von Wintersportorten in der Schweiz den Einsatz von Schneekanonen, um Launen der wetterwendischen Natur maschinell auszugleichen. Naturschützer warnen den massiven Einsatz von Schneekanonen als weiteren Eingriff der weissen Industrie in den ohnehin schon übermäßig beanspruchten Naturhaushalt der Bergregionen. (...)

Das Schneesystem gewährleistet eine direkte Flächenbeschneiung, lässt sich vom Kompressorenraum aus weitgehend zentral und automatisch bedienen, mit dem Risiko allerdings, dass die einzelnen Düsen bei wechselndem Wind den Schnee neben die Piste blasen. Der Stil dieses Beitrages, der im Original den Untertitel «Verstärkte Nachfrage nach mechanisch erzeugtem Schnee» trägt, zeigt, dass dieser, einschliesslich der Hervorhebungen, wörtlich übernommen worden ist aus: NZZ, 18.1.86

Im übrigen ist die SES natürlich mit der Einfachen Anfrage ihrer Vizepräsidentin über die komplexe Kanonen-Wirtschaft vollauf einverstanden.

Unbeirrt weiter so!

sda/Mit 82 gegen 47 Stimmen hat der Nationalrat in der Dezemberession 1985 einen mehrjährigen gesetzlichen Baustopp für Kernkraftwerke in der Schweiz abgelehnt. Kein AKW-Stopp, aber festgefahren Parlementarier. Nur gegen starke Opposition (92:40 Stimmen) wurde die Rahmenbewilligung für ein Uranlager in Würenlingen genehmigt. Appartements des Skiorates. Nicht unbestritten blieb die gesetzliche Regelung der Ein- und Ausfuhr von Nuklear-technologie. Die Anlage während 130 Stunden im Einsatz. (...)

In der Dezemberession hat Nationalrätin Ursula Mauch (SP, Aargau) eine einfache Anfrage eingereicht, die sich mit dem aus ihrer Sicht fragwürdigen Trend zur Schneekanone auseinandersetzt:

«Erachtet es der Bundesrat als richtig, wenn zunehmend fast jede naturgegebene Un-

zulänglichkeit im touristischen Angebot durch sehr hohen Energieaufwand künstlich überbrückt wird? (...) Die Nationalrätin möchte vom Bundesrat auch wissen, wie weit gesetzliche Möglichkeiten bestehen, Bewilligungen für solche Schneekanonen auf Ausnahmefälle zu beschränken. Der Streit um Schneekanonen am Corvatsch, wo die Pro Surlej aus ökologischen Gründen Einsprache gegen den Bau einer Hydrantenleitung erhoben hatte, zeigt, dass man den Schnee aus der Kanone rechtlich noch nicht zweifelsfrei erfasst hat.

Initiativkomitee E+A aufgelöst
Knapp anderthalb Jahre nach der Abstimmung über die beiden Initiativen «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» und «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» wurde am 13. Januar 1986 das Initiativkomitee aufgelöst. Die Schlussabrechnung weist einen Überschuss von Fr. 16'905.44 auf (allen MithelferInnen und SpenderInnen einen grossen Dank!). Im Sinne der Statuten wird das Geld einer zielverwandten Organisation überwiesen: Die SES führt die Arbeit für eine andere und umweltgerechte Energiepolitik fort, zudem hatte sie während der ganzen Kampagne Räume, Infrastruktur und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Sämtliche Akten über die Kampagne und Abstimmung sind bei der SES archiviert. rm

Grösste Wärmepumpe der Welt

Das zurzeit grösste Wärmepumpensystem der Welt beliefert in Stockholm Häuser mit Wärme aus dem Baltischen Meer. Das System wird mit der Zeit die Hälfte des gesamten Energiebedarfs von Nord-Stockholm decken. Dies entspricht dem Bedarf an Heisswasser und Heizung für 100'000 Wohnungen. Die Anlage soll Ende 1986 fertiggestellt werden und aus sechs

Wärmepumpen mit einer totalen Leistung von 160 MW bestehen. Die Wärmepumpen werden durch elektrische Heizung unterstützt, was weitere 160 MW liefern soll. Diese Kombinationsheizung reicht für Frühling, Sommer und Herbst. Im Winter wird ein mit Öl betriebener Boiler den Bedarf an zusätzlicher Wärme decken. (WISE)

Mühleberg-Fernwärme abgelehnt

BZ/sve. Mit 45 Nein zu 29 Ja hat der Berner Stadtrat am Donnerstag, den 30. Januar 1986, zwei bürgerliche Postulate abgelehnt, welche die Nutzung der Fernwärme aus der Deponie Teufenthal und dem Kernkraftwerk Mühleberg für die Versorgung von Bern-West zum Ziel hatten. Trotz einer Besichtigung per Car des als «Werk mit Modellcharakter» gepriesenen Projekts Refuna im Aargau konnten sich offenbar die Stadträtinnen und Stadträte für die KKW-Fernwärme nicht erwärmen.

An der Stadtratsdiskussion überzeugte vor allem Rolf Zimmermann (SP) die Mehrheit, indem er das Vorhaben als «wirtschaftlich riskant, finanzpolitisch unakzeptabel und energiepolitisch sinnlos» bezeichnete. Argumente gegen die Fernwärme:
● Die Fernwärme komme im

Vergleich zum Erdgas finanziell flach heraus: Währing sie 80 Millionen Franken Investitionskosten plus weitere 20 Millionen für die privaten Hausesigentümer verschlinge, sei der Ausbau der Erdgassversorgung für die gleiche Leistung mit ganzen 9,5 Millionen Werk- und 7,5 Millionen Privatinvestitionen realisierbar. Umweltpolitisch bringe die AKW-Fernwärme dem Gas gegenüber keine relevante Verbesserung.

● Langfristig könne die Stadt Bern mit Investitionsgeldern effizientere Massnahmen realisieren (so wollen wir hoffen!).

● Der Ausbau der Erdgasversorgung könnte die Luftverschmutzung bedeutend rascher verringern.

die Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau zürcherische Stuben heizen soll! Bis zu diesem Zeitpunkt werden auch die aargauischen Gemeinden und Dietikon darüber abgestimmt haben, ob die Abwärme der Kernkraftwerk Beznau I und II für Heizungszwecke nutzen will. Dabei warnte das Studienkonsortium Regionale FernwärmeverSORGUNG Zürich vor dem wirtschaftlichen Risiko eines solchen Projekts und riet von einer Aktienbeteiligung ab. Statt dessen plädierte es für feste Lieferungsverträge und ein eigenes Anschlussnetz.

Kritisch gefragt ist fristlos entlassen

«Im letzten Sommer wurden im AKW Leibstadt 42'000 Kondensatorröhren ausgewechselt, nach erst zwei Jahren Betriebsdauer. Für diese Revisionsarbeiten – heisse Böze» für wenige Wochen – wurden über Temporärfirmen etwa 650 Jobber eingesetzt. (Wallraff lässt grüßen!)

Einer dieser Gelegenheitsarbeiter stand Mitte Februar vor dem Arbeitsrichter – als Kläger. Grund: Lohnentlastung wegen vorzeitiger Entlassung. Weil sich D. über die Gefährlichkeit seiner Arbeit informieren wollten, wurde er von der Basler Arbeitsvermittlungsfirma Fred Küng fristlos entlassen.

Bis zum Sommer will das Studiumkonsortium ein generelles Projekt für eine Verbindungsleitung zwischen Transwaal-Ende in Dietikon und dem Heizkraftwerk Aubrugg erarbeiten sowie ein betriebliches, finanzielles und rechtliches Konzept für eine regionale Fernwärmepartnerschaft Zürich entwickeln. Auf kantonaler und städtischer Ebene sollen die Exekutiven im Sommer über das weitere Vorgehen beschliessen. Bis dann soll auch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für das gesamte Fernwärmenetz im Gebiet Zürich vorliegen. Noch vor Ende Jahr könnten Vorlagen an die Parlamente von Kanton und Stadt gehen. Zuletzt werden, aber die Stimmbürger darüber zu befinden haben, ob

Der erste Arbeiter wurde bereits nach der «Strahlenbelehrung» aufgrund einer kritischen Frage entlassen. Bei den Arbeiten im Kondensator fiel Staub an, von dem viele Jobber annahmen, dass er radioaktiv verseucht sei. Ds Beharren auf Auskunft kostete ihn den Arbeitsplatz – fristlos und unter Androhung polizeilicher Entfernung.

D. liess sich diesen Rausschmiss nicht gefallen und reichte Klage gegen Küng ein. Die Aussichten auf Erfolg waren für D. nicht ungünstig: Fred Küng operierte mit Arbeitsverträgen, die für den Arbeitgeber einseitig auf Tagesende kündbar waren. Es kam aber nicht zur Verhandlung, weil D. am ersten Verhandlungstag im Dezember 1985 wegen einer Autopanne in Frankreich nicht rechtzeitig erscheinen konnte.

Die Arbeit in politisch umstrittenen Betrieben, zum Beispiel in AKWs, ist immer von Politik belastet. Um einen solchen politischen Prozess ist das Gericht gerade noch einmal herumgekommen. Aber ein nächster Prozess eines Leibstadt-Jobbers gegen seinen Arbeitsvermittler steht demnächst an.»

Freier Aargauer, 17.2.86

